

Mehr Gehalt für Pädagoginnen: Noch viel Gesprächsbedarf

SALZBURG. Wenn die Stadt Salzburg mit dem 1. Jänner 2023 die Gehälter für ihre Kindergartenpädagoginnen erhöht, erwarten die Betreiber von privaten Kinderbetreuungsbetrieben eine große Gehaltsschere zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen. Dazu fand am Mittwoch ein Gespräch zwischen den Sprechern der privaten Einrichtungen und der zuständigen Landesrätin Andrea Klambauer (Neos) statt.

Damit auch private Einrichtungen die Gehälter der Pädagoginnen erhöhen können, brauchen sie die Unterstützung des Landes, sagt Cornelia Ernst, Sprecherin der IG Kinderbetreuung. „Mit den Elternbeiträgen können wir nur unsere Fixkosten zahlen. Die Personalkosten bedienen wir über die öffentlichen Fördergelder.“ Da die privaten Kinderbetreuungseinrichtungen gemeinnützig arbeiten würden, könnten sie auch keine Gewinne erwirtschaften und hätten deshalb auch keine Spielräume bei Gehaltsfragen.

Landesrätin Klambauer sagte am Mittwoch, dass sie den privaten Einrichtungen bei den allgemeinen Teuerungen jedenfalls Unterstützung zusagen könne. „Ich kann ihnen

die Zusicherung geben, dass es vom Land ein Paket geben wird, wo wir das für die Kinderbetreuungseinrichtungen genauso abfedern wie im Sozialen oder im Kulturbereich.“

Was die Personalkostenförderung betrifft, sei ein Millionenpaket in Ausarbeitung, sagt Klambauer. So habe sie eine Million Euro zur Verfügung, um Verbesserungen wie die bezahlte Vorbereitungszeit umzusetzen, in dem Gesetzespaket soll es aber auch



BILD: S/N/ROBERT RATZER

„Beim Personal arbeiten wir an einem Millionenpaket.“

Andrea Klambauer, Landesrätin

Nachbesserungen beim Gehalt geben. Der Vorschlag sei der Stadt Salzburg und den Gemeinden bekannt und soll im Herbst in Begutachtung gehen. Was die Gehaltserhöhung der Stadt betrifft, wurde ihr noch kein Vorschlag übermittelt. Bei Nachbesserungen bei den privaten Einrichtungen sieht Klambauer auch die Stadt Salzburg in der Pflicht.

Gemeindeverbandspräsident Günther Mitterer sagt, dass der Gesetzesvorschlag von Klambauer kein Gehaltspaket sei. Demnach würden Förderungen künf-



BILD: S/N/SCHENKER

„Für einige Gemeinden wird es auch weniger Geld geben.“

Günther Mitterer, Bürgermeister

tig an den Betreuungsschlüssel geknüpft, was für einige Gemeinden auch weniger Geld bedeuten könnte. „Hier gibt es jedenfalls noch Verhandlungsbedarf.“

Laut dem ressortzuständigen Salzburger Vizebürgermeister Bernhard Auinger (SPÖ) werden die Gehaltserhöhungen in der Stadt Salzburg zu „99 Prozent“ in der Form beschlossen. „Es ist das Gehaltsschema des Landes. Ich bin erstaunt, dass Frau Klambauer das nicht kennt.“ Er sei sich der bald noch größeren Gehaltsschere bewusst, man werde in der Stadt diskutieren, wie man den privaten Einrichtungen unter die Arme greifen werde. „Aber allein werden wir das nicht können.“

Auch Cornelia Ernst kennt den Gesetzesvorschlag von Andrea Klambauer bereits. „Das ist ein Projekt, das seit drei Jahren bei der Landesrätin liegt.“ Positiv war für sie nach dem Gespräch, dass Klambauer zusagte, dass Vertreter der privaten Einrichtungen künftig bei Verhandlungen mit den Gemeinden dabei sein sollten.

prl